

A9 Eintreten für die demokratischen Rechte der kurdischen Bewegung und einem Ende der militärischen Gewalt in Nord- und Ostsyrien sowie Kurdistan-Irak

Antragsteller*in: Luca Salis (LV Grüne Jugend Sachsen-Anhalt)

Tagesordnungspunkt: 4.2. Inhaltliche Anträge

Antragstext

Die Grüne Jugend Sachsen-Anhalt solidarisiert sich mit der kurdischen Bewegung in Deutschland und unterstützt die Einbindung der kurdischen Bewegung in demokratische Prozesse.

Infolge der Invasion in Afrîn 2018 gab es innerhalb der Grünen Jugend auf Bundesebene umfangreiche Solidaritätsbekundungen mit dem Projekt der Autonomieregion Nord- und Ostsyrien, damals auch Rojava genannt. Inzwischen umfasst das Gebiet weitere Teile mit arabisch-sunnitischer Bevölkerungsmehrheit, weswegen „Rojava“ (wörtlich: „der Westen“ Kurdistans) nicht mehr das gesamte Gebiet beschreibt. Die Grüne Jugend fühlt sich in vielen Punkten der Ideologie der kurdischen Bewegung programmatisch verbunden. Außerdem verurteilt die Grüne Jugend die umfangreiche Kriminalisierung politischer Arbeit der kurdischen Bewegung innerhalb Deutschlands.

Im Sommer 2022 hat Erdoğan eine umfangreiche Bodenoffensive in Nord- und Ostsyrien angekündigt, die das Ziel habe, „sie alle auszurotten“¹. Damit nutzt Erdoğan bewusst genozidale Rhetorik. Genozide umfassen nicht nur das gezielte Töten von Personen einer bestimmten Gruppe, sondern basieren auf „Handlungen, begangen in der Absicht, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören.“ So definiert die UN-Konvention „Völkermord“ im Artikel II. Dazu gehören Maßnahmen die gezielte Vertreibung, Umsiedlung und Assimilation und damit die Auslöschung der kurdischen Bevölkerung zur Folge haben.

Im besetzten Afrîn zeigen sich bereits erste Ergebnisse dieser kriminellen Taktik: Während vor der Invasion noch schätzungsweise 95% der Bevölkerung kurdisch war, ist der kurdische Bevölkerungsanteil 2022, vier Jahre nach der Besatzung, auf 25-30% geschrumpft.² Die Bodenoffensive, die Erdoğan angekündigt hat, ist zwar bislang ausgeblieben, im November fand dahingegen eine Erweiterung der Luftschläge statt, die auch auf zivile Infrastruktur wie Krankenhäuser, Getreidesilos und Strominfrastruktur gerichtet wurden. Diese Eskalation hat für weltweite mediale Aufmerksamkeit gesorgt und wurde auch als Wahlkampfmanöver Erdoğans in Hinblick auf die türkischen Präsidentschaftswahlen am 14. Mai 2023 gedeutet. Neben den konventionellen militärischen Aktionen gibt es zudem seit 2022 Hinweise auf den Einsatz chemischer Kampfstoffe durch das türkische Militär in Kurdistan-Irak,³ was bei Zutreffen einen eklatanten Bruch des Völkerrechts sowie der von NATO-Partner Türkei mitunterzeichneten Chemiewaffenkonvention bedeuten würde.

Im Februar 2023 folgten die verheerenden Erdbeben in der Türkei und Syrien. Für die Folgezeit dieser weitreichenden humanitären Katastrophe wurde auf Seiten der „Union der Gemeinschaften Kurdistans“ KCK zu einer Waffenruhe aufgerufen, der sich die kurdischen und autonomen Verteidigungseinheiten anschlossen und die bis zum Ergebnis der türkischen Präsidentschaftswahlen gehalten werden soll.

Das türkische Militär setzte seine Luftschläge dagegen fort und fügte der Zerstörung und dem zivilen Leid durch die Erdbeben noch weitere militärische Gewalt hinzu, die weitere Folgen für die dringend notwendige Versorgung und die ohnehin vorhandenen Ängste der Menschen mit sich gebracht hat. Die Lage verschlimmerte sich zusätzlich und maßgeblich durch die gezielte Hinderung der syrischen Regierung, humanitäre Transporte des kurdischen roten Halbmonds in die betroffenen kurdischen Gebiete außerhalb des Autonomiegebiets zuzulassen.

Während dieser verheerenden humanitären Notlage findet in der Türkei parallel eine Kriminalisierung der politischen Kräfte der kurdischen Bewegung statt. 2021 beantragte Erdoğan ein Verbotsverfahren für die HDP, das mehrfach zeitlich so verschoben wurde, dass es erst kurz vor der Wahl abgeschlossen wird und somit eine erfolgreiche Listenaufstellung für die HDP verhindert. Aus diesem Grund tritt statt der HDP bei dieser Wahl die „Grüne Linke Partei“, Yeşil Sol Parti (YSP) an.

Seit Ende der türkischen Präsidentschaftswahlen, die Erdoğan wieder für sich entschieden hat, werden die Angriffe der Türkei auf Kurdische Gebiete wieder ausgeweitet.

Wir stehen solidarisch mit der kurdischen Bewegung – ob in der Türkei und Syrien oder in Deutschland – und unterstützen ihren Kampf bei uns vor Ort. Dafür wollen wir uns mit der kurdischen Community in Sachsen-Anhalt vernetzen.

Außerdem stellen wir als Grüne Jugend Sachsen-Anhalt folgende Forderungen:

- Die Grüne Jugend Sachsen-Anhalt setzt sich für ein Ende der Kriminalisierung der kurdischen Bewegung in Deutschland ein.
- Die Grüne Jugend Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, dass die Bundesregierung den Giftgasanschlag auf Helebce/Halabja am 16.03.1988 als Genozid anerkennt. Dabei ist es besonders wichtig, die deutsche Verantwortung aufzuarbeiten, die in der Produktion der dort eingesetzten chemischen Kampfstoffe liegt.
- Die Grüne Jugend Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, die Türkei für ihre militärischen Aktionen in den kurdischen Autonomiegebieten mit Sanktionen zu belegen.

Als Grüne Jugend Sachsen-Anhalt unterstützen wir außerdem folgende Forderungen der kurdischen Bewegung:

- Die deutsche Bundesregierung soll als staatliche Akteurin einen Antrag bei der OPCW⁴ auf Überprüfung der Verwendung chemischer Waffen durch das türkische Militär in Kurdistan-Irak stellen.
- Die deutsche Bundesregierung soll sich innerhalb der NATO und UN für die Einrichtung einer Flugverbotszone über Nord- und Ostsyrien einsetzen.

¹Das entsprechende Zitat lautet: „Mit Allahs Hilfe werden wir sie alle so schnell wie möglich mit unseren Panzern und Soldaten ausrotten“, Gert Höhler, „Wagt Erdogan den Einmarsch in Syrien“, 27.11.22, Redaktionsnetzwerk Deutschland, <https://www.rnd.de/politik/erdogan-kuendigt-bodenoffensive-in->

- 83 [nordsyrien-an-wie-wahrscheinlich-ist-eine-tuerkische-invasion-](#)
84 [ZELMFHNWLFETTPMNDNMENRGLS4.html](#) (letzter Zugriff: 20.04.2023).
- 85 2. „The State of the Occupation Q1 & Q2 2022: Lack of Accountability of SNA
86 Crimes, HTS Incursion in Afrin, and ISIS in Turkish-Occupied Territories.”
87 Rojava Information Center, [https://rojavainformationcenter.com/2023/02/state-of-](https://rojavainformationcenter.com/2023/02/state-of-the-occupation-q1-q2-2022-lack-of-accountability-of-sna-crimes-hts-incursion-in-afrin-isis-in-turkish-occupied-territories/)
88 [the-occupation-q1-q2-2022-lack-of-accountability-of-sna-crimes-hts-incursion-in-](https://rojavainformationcenter.com/2023/02/state-of-the-occupation-q1-q2-2022-lack-of-accountability-of-sna-crimes-hts-incursion-in-afrin-isis-in-turkish-occupied-territories/)
89 [afrin-isis-in-turkish-occupied-territories/](https://rojavainformationcenter.com/2023/02/state-of-the-occupation-q1-q2-2022-lack-of-accountability-of-sna-crimes-hts-incursion-in-afrin-isis-in-turkish-occupied-territories/) (letzter Zugriff: 20.04.2023).
- 90 3. Josef Savary; Jan van Aken: „Is Turkey Violating the Chemical Weapons
91 Convention?“, IPPNW, Oktober 2022.
- 92 [https://www.ippnw.de/commonFiles/bilder/Frieden/2022_IPPNW_Report_on_possible_Tu-](https://www.ippnw.de/commonFiles/bilder/Frieden/2022_IPPNW_Report_on_possible_Turkish_CWC_violations_in_Northern_Iraq.pdf)
93 [rkish_CWC_violations_in_Northern_Iraq.pdf](https://www.ippnw.de/commonFiles/bilder/Frieden/2022_IPPNW_Report_on_possible_Turkish_CWC_violations_in_Northern_Iraq.pdf) (letzter Zugriff: 25.04.2023).
- 94 4. Die OPCW ist die Organisation für das Verbot chemischer Waffen der Vereinten
95 Nationen.

Begründung

Erfolgt mündlich.